



Elke Seefried (Hg.)

POLITISCHE ZUKÜNFTEN IM 20. JAHRHUNDERT

Parteien, Bewegungen, Umbrüche

Politische Zukünfte im 20. Jahrhundert

Elke Seefried ist Professorin für die Geschichte der Neuzeit (19.–21. Jh.) mit ihren Wissens- und Technikkulturen.

Elke Seefried (Hg.)

Politische Zukünfte im 20. Jahrhundert

Parteien, Bewegungen, Umbrüche

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Eine Publikation des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin



ISBN 978-3-593-50958-7 Print
ISBN 978-3-593-43992-1 E-Book (PDF)
ISBN 978-3-593-44978-4 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2022 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Wahlplakate der SED (Quelle: Bundesarchiv), der CDU (Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung), der CSU (Quelle: Hanns-Seidel-Stiftung), der SPD (Quelle: SPD/Archiv der sozialen Demokratie, KNSK Werbeagentur GmbH), der Grünen (Quelle: Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung, Die Grünen Baden-Württemberg) und der FDP (Quelle: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit) © Bildcollage: Reisserdesign / Institut für Zeitgeschichte München-Berlin

Satz: le-tex transpect-typesetter, Leipzig

Gesetzt aus der Alegreya

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985-2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Einleitung	7
<i>Elke Seefried</i>	
I. Revolution und Ewigkeit: 1900–1945	
Zukunft als Praxis. Kommunismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts	43
<i>Andreas Wirsching</i>	
Neujustierung der herausgeforderten Zukunft. Sozialdemokratie 1918–1933	67
<i>Anna Strommenger</i>	
»Das ganze Volk vorwärts und aufwärts führen in stetiger Entwicklung!« Liberalismus 1900–1933	91
<i>Jürgen Frölich</i>	
Pragmatismus und Eschatologie. Der politische Katholizismus 1918–1933	115
<i>Stefan Gerber</i>	
Bewahrung, Anpassung, Radikalisierung. Konservatismus 1890–1933 .	137
<i>Thomas Rohkrämer</i>	
Die »Neue Zeit« und die römische Zukunft. Der italienische Faschismus	159
<i>Fernando Esposito</i>	

Atemlos in die Ewigkeit. Der Nationalsozialismus	179
<i>Frank Bajohr</i>	
II. Jetztzeit, Planung, Transformation: 1945–2000	
Warten auf den Tag X. Radikaler Nationalismus und extreme Rechte 1949–1989	197
<i>Gideon Botsch</i>	
Zukunft im Gleichgewicht. CDU und CSU 1970–1990	219
<i>Martina Steber</i>	
Freiburg und kein Ende? Liberalismus 1960–2000	247
<i>Ewald Grothe</i>	
Zukunft in der Transformation. Sozialdemokratie seit 1959	267
<i>Elke Seefried</i>	
Anders leben jetzt. Die 1968er	301
<i>Detlef Siegfried</i>	
Zwischen Apokalyptik und alternativen Gesellschaftsentwürfen. Anti- Atomkraft- und Friedensbewegungen in den 1970er und 1980er Jahren	321
<i>Eva Oberloskamp</i>	
»Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt«. Die Grünen .	341
<i>Silke Mende</i>	
Der lange Abschied von der Zukunft. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	365
<i>Hermann Wentker</i>	
Autorinnen und Autoren	387

Einleitung

Elke Seefried

Die Geschichte der Erwartungen ist zuletzt in den Fokus der deutschen und europäischen Historiographie gerückt. Allenthalben wird nach vergangenen Erwartungen gefahndet, die – erfüllt oder enttäuscht – tiefgreifende Folgen ausgelöst hätten. Dies gilt für die Erwartungen an die Pariser Friedenskonferenzen nach dem Ersten Weltkrieg und deren Wirkungen für die Krisen der Zwischenkriegszeit,¹ für Willy Brandts großes Versprechen des »Mehr Demokratie wagen[s]«² wie auch für entwicklungspolitische Planungen, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fast zu einer »global political religion« avanciert seien.³ Die Erschließung historischer Erwartungen signalisiert eine boomende Geschichte der Zukunft, die neue methodische Zugriffe diskutiert und Fragen zu historischen Zukunftsentwürfen, Techniken der Vorausschau und Formen des Zukunftshandelns aufwirft.⁴

Zweifellos entwickelt die geschichtswissenschaftliche Forschung diese Fragestellungen auch unter dem Eindruck gesellschaftlicher und politischer Debatten des letzten Jahrzehnts. Globale Problemlagen wie der Klimawandel

1 Jörn Leonhard (Hg.): *Große Erwartungen. 1919 und die Neuordnung der Welt*, i.V.

2 Axel Schildt/Wolfgang Schmidt (Hg.): *»Wir wollen mehr Demokratie wagen«*. Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens, Bonn 2019.

3 »Planning – a Global Political Religion. International Conference«, in: *H-Soz-Kult*, 24.5.2019, URL: <https://www.hsozkult.de/event/id/event-90146> (letzter Zugriff 1.4.2021). Die (pandemiebedingt auf September 2021 verschobene) Tagung wurde vom Hamburger Institut für Sozialforschung und der Universität de Strasbourg organisiert.

4 Vgl. u.a. Elke Seefried: *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980*, Berlin 2015; Jenny Andersson/Eglè Rindzevičiūtė (Hg.): *The Struggle for the Long-Term in Transnational Science and Politics. Forging the Future*, New York 2015; Rüdiger Graf/Benjamin Herzog: »Von der Geschichte der Zukunftsvorstellungen zur Geschichte ihrer Generierung. Probleme und Herausforderungen des Zukunftsbezugs im 20. Jahrhundert«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 42 (2016), S. 497–515; Fernando Esposito (Hg.): *Zeitenwandel. Transformationen geschichtlicher Zeitlichkeit nach dem Boom*, Göttingen 2017; Lucian Hölscher (Hg.): *Die Zukunft des 20. Jahrhunderts. Dimensionen einer historischen Zukunftsforschung*, Frankfurt am Main/New York 2017; Elke Seefried: »Geschichte der Zukunft«, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, i.E.; aus letzterem Aufsatz sind Formulierungen entnommen.

avancierten in den europäischen Gesellschaften zu zentralen Herausforderungen, aus denen sich große Zukunftsbegriffe wie die »Nachhaltigkeit« ableiteten.⁵ So forderten vor allem junge Erwachsene in Bewegungen wie »Fridays for Future«, in der Aushandlung von Entscheidungen die Interessen kommender Generationen verstärkt zu berücksichtigen, mittel- und langfristige Entwicklungen zu antizipieren und Zukunft nicht nur in Alternativen zu denken, sondern aktiv und anders zu gestalten.⁶

Über die Aktualität des Themas hinaus eröffnet eine Geschichte der Zukunft methodisches und inhaltliches Innovationspotential. Dies gilt vor allem für eine Geschichte *politischer* Zukunft – und der erdachten, kommunizierten und konkurrierenden politischen »Zukünfte«, die vergangene Möglichkeitsräume konstituierten.⁷ Politik ist in ihrer Vermittlung immer zukunftsorientiert.⁸ Und doch ist die Zukunft als politische Kategorie bislang noch nicht systematisch für die deutsche und europäische Zeitgeschichte ausgeleuchtet worden.

Diese Geschichte politischer Zukünfte im 20. Jahrhundert erschließt der vorliegende Band. Dabei fokussiert er *Zukunftsentwürfe* politischer *Parteien und Bewegungen* und fragt nach der performativen Ebene – nach *Kommunikationsstrategien und Semantiken* politischer Zukunft – und so auch nach Formen von Zeitpolitik. Damit verbinden sich synchrone und diachrone Perspektiven, die einerseits konkurrierende Zukünfte, andererseits sich wandelnde Konstruktions-, Erwartungs- und Erfahrungsprozesse und Zäsuren im 20. Jahrhundert betrachten. Indem er die politische Zukunft und ihre Konkurrenz zum Gegenstand einer Kulturgeschichte der Politik macht, entwickelt der Band neue Perspektiven auf die Temporalität von Bewegungs- und Parteiengeschichte, auf Zeitstrukturen von Demokratie und Diktatur und auf wechselnde politische Erwartungshorizonte in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts, die in die Gegenwart ausstrahlen. Die Beiträge sind – um die politische Konkurrenz der Zukünfte zu beleuchten – in der deutschen Geschichte situiert, ohne vergleichende Perspektiven und

5 Vgl. Elke Seefried: »Rethinking Progress. On the Origin of the Modern Sustainability Discourse, 1970–2000«, in: *Journal of Modern European History* 13 (2015), S. 377–400.

6 Vgl. Moritz Sommer u. a.: *Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland*, IPB Working Paper 2/2019, URL: <https://digital.zlb.de/viewer/resolver?urn=urn:nbn:de:kobv:109-1-15414397> (letzter Zugriff: 1.4.2021).

7 Zum Begriff der Zukünfte vgl. Seefried 2015 (s. Anm. 4), sowie unten S. 14.

8 Vgl. etwa Rüdiger Graf: *Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen 1918–1933*, München 2008, hier S. 15; Andersson/Rindzevičiūtė 2015 (s. Anm. 4).

transnationale Einflüsse (etwa des italienischen Faschismus) außer Acht zu lassen.

1. Methodische Zugänge zu einer Geschichte der Zukunft

Um vergangene Zukünfte methodisch zu erschließen, ist der Gegenstand zunächst in der Erforschung vergangener *Zeitlichkeiten* zu verorten. In der Geschichtswissenschaft lässt sich geradezu von einem »temporal turn« sprechen, weil Zeit als historische und historisch wandelbare, kulturell geformte und gedeutete Kategorie neu perspektiviert wurde.⁹ Die Wurzeln dessen liegen in der zeitphilosophischen Forschung¹⁰ und in Reinhart Kosellecks Theorie historischer Zeiten, die in einer sozial- und ideenhistorisch unterlegten Historischen Semantik davon ausging, dass historische Begriffe in ihrer chronologischen »Mehrschichtigkeit« unterschiedliche Erfahrungsgelände in sich bündelten.¹¹ Koselleck konzentrierte sich auf die europäische »Sattelzeit« des späten 18. Jahrhunderts, in der Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte auseinandergetreten seien und neue politische Zeitbegriffe wie Fortschritt und Liberalismus entstanden, die die Vorstellung von der politisch-sozial *gestaltbaren* Entwicklung abseits eschatologischer oder zyklischer Zeitwahrnehmungen transportierten.¹²

9 Caroline Rothauge: »Es ist (an der) Zeit. Zum »temporal turn« in der Geschichtswissenschaft«, in: Historische Zeitschrift 305 (2017), H. 3, S. 729–746; Elke Seefried: »Reconfiguring the Future? Politics and Time from the 1960s to the 1980s – Introduction«, in: Journal of Modern European History 13 (2015), H. 3, S. 306–316; Alexander C. T. Geppert/Till Kössler: »Zeit-Geschichte als Aufgabe«, in: Dies. (Hg.): Obsession der Gegenwart. Zeit im 20. Jahrhundert, Göttingen 2015, S. 7–36; Marek Tamm/Laurent Olivier (Hg.): Rethinking Historical Time. New Approaches to Presentism, London/New York 2019.

10 Zur historischen Zeit-Forschung konzis Rüdiger Graf: »Zeit und Zeitkonzeptionen in der Zeitgeschichte«, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, URL: http://docupedia.de/zg/Zeit_und_Zeitkonzeptionen_Version_2.0_R.C3.BCDiger_Graf?oldid=92888 (letzter Zugriff: 2.4.2021).

11 Reinhart Koselleck: »Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte«, in: Ders. (Hg.), Historische Semantik und Begriffsgeschichte, Stuttgart 1978, S. 19–36, hier S. 33; ders.: Zeitschichten. Studien zur Historik, Frankfurt am Main 2000; Helge Jordheim: »Against Periodization. Koselleck's Theory of Multiple Temporalities«, in: History and Theory 51 (2012), H. 2, S. 151–171.

12 Reinhart Koselleck: »Einleitung«, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. XIII–XXVII; ders.: »Erfahrungsraum- und »Erwartungshorizont«. Zwei historische Kategorien«, in: Ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 1979, S. 349–375.

Mit dem *cultural turn* der 1990er und 2000er Jahre rückte die Verschränkung historischer Zeitebenen neu in den Blickpunkt. Die *memory studies* verdeutlichten, dass erinnerungskulturelle und geschichtspolitische Formen der Aneignung und Deutung der Vergangenheit immer aus dem sozialen und kulturellen Bezugsrahmen des- bzw. derjenigen schöpften, der bzw. die erinnert – also aus der *gegenwärtigen* Deutung.¹³ Zeit vollziehe sich nicht einfach, sondern werde gedeutet und gestaltet, um die »eigene Zeitlichkeit lebend vollziehen und bewältigen zu können«.¹⁴ Entwarf der französische Philosoph François Hartog das schematische Bild aufeinander folgender »Régimes d'historicité«, idealtypisch verstanden als dominante Ordnungen der Zeit, in denen Zeiterfahrungen ausgedrückt, organisiert und mit Sinn versehen werden,¹⁵ so betont die neuere Forschung die »Pluritemporalität« in der Geschichte: Es gebe insofern keine Zeitregime, sondern stets parallel existierende Zeitwahrnehmungen und Zeitvorstellungen, die sich schwerlich in ein bestimmtes Muster pressen ließen.¹⁶ Das geht bis zu Deutungen, die Zeit als ausschließlich soziales Konstrukt und reine Projektionen von verschiedenen Gegenwarten lesen, die von bestimmten sozialen Gruppen imaginiert und mobilisiert würden.¹⁷ Unabhängig von dieser radikalkonstruktivistischen Lesart trägt der vorliegende Band der Überlegung Rechnung, dass Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft keine getrennten Dimensionen, sondern verschränkt sind. Zukunft wurde stets gefiltert durch gemachte (individuelle oder kollektive) Erfahrungen und mittels damals gegenwärtiger Deutungs- und Ordnungsmuster entworfen und kommuniziert.

13 Zusammenfassend Christoph Cornelißen: »Erinnerungskulturen«, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, URL: http://docupedia.de/zg/Erinnerungskulturen_Version_2.0_Christoph_Corneli.C3.9Fen?oldid=84892 (letzter Zugriff: 2.4.2021); Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999.

14 Jörn Rüsen: »Typen des Zeitbewusstseins«, in: Friedrich Jaeger/Bernhard Liebsch (Hg.): Handbuch der Kulturwissenschaften, Bd. 1, Stuttgart 2004, S. 365–384, hier S. 366.

15 François Hartog: Regimes of historicity. Presentism and experiences of Time, New York 2017 (Originalausgabe 2003), S. 106.

16 Achim Landwehr: Geburt der Gegenwart. Eine Geschichte der Zeit im 17. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2014, S. 38; ders.: »Nostalgia and the Turbulence of Time«, in: History and Theory 57 (2018), S. 251–268.

17 Vgl. Achim Landwehr: Diesseits der Geschichte. Für eine andere Historiographie, Göttingen 2020; ähnlich Berber Bevernage/Chris Lorenz (Hg.): Breaking Up Time. Negotiating the Borders between Present, Past and Future, Göttingen 2013.

Unterscheidet man im Folgenden *fünf methodische Zugriffe* der Erforschung vergangener (politischer) Zukünfte, so geht der Blick *erstens* noch einmal zurück zu Reinhart Koselleck, der eine einflussreiche *begriffs- und ideengeschichtliche* Strömung begründete. Kosellecks Überlegungen weiterentwickelnd, erschloss Lucian Hölscher politische Pläne und Utopien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Utopische Versprechen des mach- und planbaren Geschichtsverlaufs, wie sie paradigmatisch der Marxismus entwarf, verglich Hölscher zudem mit der protestantischen Eschatologie und entfaltete so das Gegensatzpaar von »Weltgericht oder Revolution«. ¹⁸ Damit erarbeitete Hölscher eine Theorie »annalistischer« Geschichtsschreibung, die die Möglichkeitshorizonte in der Geschichte betonte. Statt das historische Scheitern bestimmter Zukunftsvorstellungen (etwa der Sozialisten des 19. Jahrhunderts) schon mitzudenken, sollten diese aus ihrer Gegenwart heraus erforscht werden. ¹⁹ Dieser annalistische Zugang ist damit nah am klassischen Historismus, der jede Epoche aus seiner Zeit heraus, also vor dem Hintergrund des damaligen Zukunftshorizonts verstehen wollte. ²⁰

Kosellecks Thesen von der Zäsur der Sattelzeit und der sich damals öffnenden Zukunft erfuhr zuletzt deutliche Differenzierung und Kritik. ²¹ Unabhängig davon griff die Forschung vielfach auf das theoretische Modell von Erfahrung und Erwartung, die Historische Semantik und Ideengeschichte als Zugängen zur Geschichte politischer Zukunft zurück. Dies gilt etwa für Arbeiten zur Sprache faschistischer Bewegungen, die auch in diesem Band vertreten sind. ²² Darüber hinaus lasen totalitarismustheoretisch inspirierte Forschungen zu »Politischen Religionen« die Zukunftsbilder auf der ganz

18 Lucian Hölscher: *Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 1989; ders.: *Die Entdeckung der Zukunft*, aktualisierte und deutlich erweiterte Neuauflage, Frankfurt am Main ²2016.

19 Lucian Hölscher: *Neue Annalistik. Umriss zu einer Theorie der Geschichte*, Göttingen 2003.

20 So auch die Debatte bei der Tagung; ähnlich Graf 2012 (s. Anm. 10).

21 Vgl. Landwehr 2014 (s. Anm. 16); Benjamin Scheller: »Kontingenzkulturen – Kontingenzgeschichten. Zur Einleitung«, in: Frank Becker/Benjamin Scheller/Ute Schneider (Hg.): *Die Ungewissheit des Zukünftigen. Kontingenz in der Geschichte*, Frankfurt am Main 2016, S. 9–30; Christoph Kampmann: »...contra pericula futura«. Prävention und Zukunftshandeln in der Frühen Neuzeit am Beispiel dynastischer Ehepolitik«, in: Ders./Angela Marciniak/Wencke Meteling (Hg.): »Security turns its eye exclusively to the future«. Zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der Geschichte, Baden-Baden 2018, S. 133–160, hier S. 158.

22 Vgl. Lucian Hölscher: »Theoretische Grundlagen der historischen Zukunftsforschung«, in: Ders. 2017 (s. Anm. 4), S. 7–38, hier S. 21 f, 24 f; zur historischen Semantik von Zeitpolitik Martina Steber: *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980*, Berlin 2017; zum revolutionären Verständnis des »neuen Menschen« und der Sprache von Gewalt, Bewegung und Beschleunigung im Faschismus

Rechten und Linken als radikalisierte säkularisierte Erlösungsversprechen. Zudem haben begriffs- und ideengeschichtliche Arbeiten die Geschichte politischer Utopien behandelt, die in ihrer verzeitlichten Version Gesellschaften fiktionalisierten, die sich als bessere Alternative von der Gegenwart abhoben.²³ Zuletzt wurde der Topos der »Posthistoire« erschlossen, der als intellektuelles Raisonement der 1970er und 1980er Jahre einen »Wandel des temporalen Imaginariums nach dem Boom« signalisierte. In diesem Begriff hätten sich, so Fernando Esposito, eine hegemoniale Wahrnehmung vom Ende der Geschichte und die wahrgenommene »Schließung der einst ›offenen Zukunft‹« manifestiert.²⁴ Demgegenüber verweisen andere Interpretationen darauf, dass der »Fortschritt« in den politischen Debatten über die »Grenzen des Wachstums« und Probleme der industriellen Moderne infrage gestellt wurde, aber sich etwa im Begriff der Nachhaltigkeit neu konfigurierte.²⁵

Zweitens konzipierten *wissens- und planungsgeschichtliche* Arbeiten eine Geschichte politischer Zukunft. Sie verwiesen darauf, dass in einer technokratischen »Hochmoderne« in Westeuropa und den USA – die ihren Ausgang in den 1880er und 1890er Jahren genommen habe – die moderne Industriegesellschaft entstand und mit ihr politische Aspirationen, die Zukunft verfahrensgestützt und verwissenschaftlicht zu planen. Zum einen habe die Spezialisierung von Aufgaben- und Wissensfeldern in Industrie, Verwaltung, Politik und Militär zugenommen, und der moderne, bürokratisierte Staat habe vorausschauende Verkehrs-, Infrastruktur- und Sozialpolitik mittels eines dichtereren Netzes statistischer Datenerhebung

Fernando Esposito/Sven Reichardt: »Revolution and Eternity. Introductory Remarks on Fascist Temporalities«, in: *Journal of Modern European History* 13 (2015), H. 1, S. 24–43.

23 Richard Saage: »Politische Utopie«, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schulze (Hg.): *Lexikon der Politik*, Bd. 1, München 1995, S. 478–483; Wolfgang Hardtwig: »Einleitung. Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit«, in: Ders. unter Mitarbeit von Philip Cassier (Hg.): *Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit*, München 2003, S. 1–12; resümierend Wolfgang Hardtwig: »Political Religion in Modern Germany. Reflections on Nationalism, Socialism, and National Socialism«, in: *Bulletin of the German Historical Institute Washington* 28 (2001), S. 3–27.

24 Fernando Esposito: »Von no future bis Posthistoire. Der Wandel des temporalen Imaginariums nach dem Boom«, in: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hg.): *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016, S. 393–423, hier S. 408; vgl. ders.: »Zeitenwandel. Eine Einführung«, in: Ders. 2017 (s. Anm. 4), S. 7–62.

25 Silke Mende: »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011; Seefried 2015 (s. Anm. 4) und Seefried 2015 (s. Anm. 5); siehe auch die Beiträge von Eva Oberloskamp und Silke Mende im vorliegenden Band.

und wissenschaftlicher Expertise organisiert. Zum anderen erwachsen – wie Stalinismus und Nationalsozialismus zeigten – im »radikalen Ordnungsdenken« von Sozialexperten und Weltanschauungseliten ganzheitliche Entwürfe gesellschaftlicher Zukunft, die Planung als Neuordnung der Gesellschaft verstanden.²⁶

Die wissens- und planungsgeschichtliche Forschung unterstrich zudem, dass im frühen Kalten Krieg – in West und Ost – eine neue Dynamik militärisch-strategischer und technologischer Planung entstand. Im Kalten Krieg gingen Politik und Wissenschaft eine besondere Symbiose ein, und daraus entsprangen neue, technisch unterlegte Steuerungsambitionen, mit denen der Kalte Krieg gewonnen werden sollte. Am sichtbarsten manifestierte sich dies in den politischen Hoffnungen auf die Kybernetik als neue, polyvalente Steuerungswissenschaft, die in den USA entstand, aber in den 1960er Jahren auch in den sozialistischen Staaten eine massive politische Förderung erlebte.²⁷ Gespeist aus den neuen wirtschaftlichen Handlungs- und Planungsspielräumen, welche der wirtschaftliche Boom bot, avancierte Planung in den 1960er Jahren parteiübergreifend zu einem Leitbild, mit dem politische Entscheidungen wissenschaftlich unterlegt, rationalisiert und langfristig abgesichert werden konnten.²⁸ In diesem Kontext entwickelte sich in den 1960er Jahren die Zukunftsforschung oder Prognostik in

26 Dirk van Laak: »Planung, Planbarkeit und Planungseuphorie«, in: Docupedia-Zeitgeschichte, Version: 1.0, 16.2.2010, URL: <http://docupedia.de/zg/Planung> (letzter Zugriff: 2.4.2021); Lutz Raphael: »Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft. Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), H. 1, S. 5–40; David Engerman: »The Rise and Fall of Central Planning«, in: Michael Geyer/Adam Tooze (Hg.): *The Cambridge History of the Second World War*, Bd. 3, Cambridge 2015, S. 575–598. Zur »Hochmoderne« James C. Scott: *Seeing like a State. How certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed*, New Haven 1998; Ulrich Herbert: »Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century«, in: *Journal of Modern European History* 5 (2007), S. 5–21.

27 Vgl. u.a. Audra J. Wolfe: *Competing with the Soviets. Science, Technology, and the State in Cold War America*, Baltimore 2013; Slava Gerovitch: *From Newspeak to Cyberspeak. A History of Soviet Cybernetics*, Cambridge (Mass.) 2002; Jakob Tanner: »Komplexität, Kybernetik und Kalter Krieg. »Information« im Systemantagonismus von Markt und Plan«, in: Michael Hagner/Erich Hörl (Hg.): *Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik*, Frankfurt am Main 2008, S. 377–413.

28 Gabriele Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Paderborn 2005; Glen O'Hara: *From Dreams to Disillusionment. Economic and Social Planning in 1960s Britain*, Oxford 2007; Elke Seefried/Dierk Hoffmann (Hg.): *Plan und Planung. Deutsch-deutsche Vorgriffe auf die Zukunft*, Berlin 2017; Michel Christian/Sandrine Kott/Ondřej Matějka (Hg.): *Planning in Cold War Europe. Competition, Cooperation, Circulations (1950s–1970s)*, Berlin/Boston 2018.

West und Ost zu einer neuen Meta-Disziplin, die die Expertise für mittel- und langfristige Steuerung und Planung generieren sollte. Im Westen popularisierte die Zukunftsforschung, in der sich empirisch-positivistische, normative und kritisch-emanzipatorische Zugänge bündelten, den Begriff der »Zukünfte«. Damit zielte sie – im Gegensatz zur staatssozialistischen Prognostik, deren kommunistisches Telos festgelegt war – auf die vielen Gestaltungsoptionen, die sich zu eröffnen schienen. Auch wenn etwa Kosellecks Band *Vergangene Zukunft* in der englischen Übersetzung in den 1980er Jahren schon den Plural der »Futures« trug, so setzte sich der Begriff der Zukünfte in der deutschen Geschichtswissenschaft erst mit der Erschließung der Zukunftsforschung durch.²⁹ Er trifft das Verständnis verschiedener nebeneinander bestehender Möglichkeitshorizonte und damit das Bild von der Offenheit der Geschichte.

Drittens problematisieren Arbeiten aus der *politischen Kulturgeschichte* die Zukunft. Ausgehend von einem weiten Begriff des Politischen als Kommunikations- und Entscheidungsraum³⁰, fragen die Vertreter dieser Zugriffe, wie politische Akteure Zukunft deuteten, repräsentierten und kommunizierten und welche Funktionen dem Reden über oder dem Visualisieren von Zukunft zukamen. So haben Arbeiten zur Versicherheitlichung argumentiert, dass die politische Kommunikation über Sicherheit seit der Frühen Neuzeit eine Legitimationsbasis für das staatliche Gewaltmonopol bildet, in der sich Gefährdungs- und Aufbruchskommunikation verbanden.³¹ Nicht nur staatliche Akteure sprachen von der drohenden »Krise«: Auch Gegner des jeweiligen politischen Systems betrieben Krisenkommunikation, um das System zu diskreditieren und alternativen, radikalen Programmen zum Durchbruch

²⁹ Vgl. Alexander Schmidt-Gernig: »Das Jahrzehnt der Zukunft – Leitbilder und Visionen der Zukunftsforschung in den 60er Jahren in Westeuropa und den USA«, in: Uta Gerhardt (Hg.): *Zeitperspektiven. Studien zu Kultur und Gesellschaft*, Stuttgart 2003, S. 305–345; Seefried 2015 (s. Anm. 4); Jenny Andersson: *The Future of the World. Futurology, Futurists, and the Struggle for the Post-Cold War Imagination*, Oxford 2018.

³⁰ Vgl. zum Politischen als Kommunikationsraum in der Geschichte den Bielefelder SFB 584 »Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte«, URL: <https://gepris.dfg.de/gepris/projekt/5484503?context=projekt&task=showDetail&id=5484503&> (letzter Zugriff: 2.4.2021); dazu u. a. Thomas Mergel: »Kulturgeschichte der Politik«, Version: 2.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 22.10.2012, URL: http://docupedia.de/zg/mergel_kulturgeschichte_politik_v2_de_2012 (letzter Zugriff: 2.4.2021).

³¹ Vgl. Eckart Conze: »Securitization. Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz?«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 38 (2012), H. 3, S. 453–467; Kampmann/Marciniak/Meteling 2018 (s. Anm. 21).

zu verhelfen, wie Rüdiger Graf anhand der Weimarer Republik zeigte.³² Dass die Kommunikation politischer Zukunft oft auch damit einherging, apokalyptische Zukunftsbilder zu entwerfen, um alternative Ordnungsvorstellungen durchzusetzen, wurde an solchen Studien deutlich.

Weniger auf synchrone denn auf diachrone Muster des Umgangs mit Erwartungen verweisen emotionsgeschichtliche und praxeologische Ansätze. Enttäuschung lässt sich so als kommunikativer Code und »Emotiv« verstehen, der eine gemeinschaftsstiftende Funktion hat oder eine Neuverhandlung von Entscheidungen hervorruft. In der bundesdeutschen Demokratie der 1970er und 1980er Jahre, so ein Projekt am Institut für Zeitgeschichte, führte politische Enttäuschung nicht zu einer Radikalisierung oder Resignation, sondern setzte Lernprozesse zu mehr Erwartungsmanagement in Gang, das darin bestand, kommunizierte Erwartungen an politische Reformen zu dämpfen oder auf eine längere Zukunftsperspektive zu verschieben.³³ Emotionsgeschichtliche Studien haben zudem die Angst in der politischen Kultur ergründet – im Umgang mit dem Nationalsozialismus,³⁴ in der Emotionalisierung des drohenden Atomkriegs³⁵ oder in den internationalen Beziehungen im Kalten Krieg.³⁶ Einen praxeologischen Ansatz verfolgt ein Graduiertenkolleg an der Universität Duisburg-Essen in einer interepochalen Perspektive, indem es ermittelt, wie historische Akteure Kontingenz deuteten und/oder welche Funktion Praktiken

32 Vgl. zum »Gestaltungsoptimismus« Graf 2008 (s. Anm. 8), S. 378; ders./Moritz Föllmer (Hg.): Die »Krise« der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt am Main 2005.

33 Vgl. Bernhard Gotto: Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre, Berlin 2018, hier S. 355–358; ders./Anna Ullrich (Hg.): Hoffen – Scheitern – Weiterleben. Eine Geschichte der Enttäuschung im 20. Jahrhundert, Berlin/Boston 2021.

34 Vgl. Frank Biess: German Angst. Fear and Democracy in the Federal Republic of Germany, Oxford 2020.

35 Vgl. Eckart Conze: »Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik«, in: Zeithistorische Forschungen 7 (2010), H. 2, S. 220–239; Susanne Schregel: Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985, Frankfurt am Main/New York 2011; Eckart Conze/Martin Klimke/Jeremy Varon (Hg.): Nuclear Threats, Nuclear Fear and the Cold War of the 1980s, New York 2017.

36 Patrick Bormann/Thomas Freiburger/Judith Michel (Hg.): Angst in den internationalen Beziehungen, Göttingen 2010; Martin Klimke/Reinhild Kreis/Christian F. Ostermann (Hg.): Trust, but Verify: The Politics of Uncertainty and the Transformation of the Cold War Order, 1969–1991, Washington, D.C. 2016; Hélène Miard-Delacroix/Andreas Wirsching (Hg.): Emotionen und internationale Beziehungen im Kalten Krieg, Berlin/Boston 2020.

der Bewältigung von Ungewissheit in Politik und Gesellschaft hatten.³⁷ Dieser methodische Zugriff wird durch den Beitrag über die Weimarer Sozialdemokratie in diesem Band repräsentiert.³⁸

Viertens wurde die vergangene politische Zukunft zuletzt in *postkolonialer* Perspektive erhellt. In diesem Zugang gilt nicht mehr – wie in der Sozialgeschichte der 1970er Jahre – die Modernisierung als normative Richtschnur historischer Analyse,³⁹ sondern Modernität wird als koloniale Kategorie dekonstruiert. Zeit sei selbst zum universalen Parameter für eine normative Bewertung des Entwicklungsstandes von Individuen, Kollektiven und ganzer Gesellschaften geworden – indem diese als modern oder »primitiv«, fortgeschritten oder rückständig bewertet wurden.⁴⁰ Studien analysierten vor allem die Modernisierungstheorie der 1950er und 1960er Jahre und deren Umsetzung in Entwicklungskonzepten und Entwicklungspolitiken, indem sie – durchaus erwartbar – zeigten, wie sehr diese Konzepte von progressiv verstandenen Vorstellungen der Zivilisierung der »Unterentwickelten« des globalen Südens ausgingen.⁴¹ Zugleich wird so die geschichtswissenschaftliche Modernisierungstheorie historisiert. Auch wenn dieser Band keine globalhistorische Dimension hat, weil er sich auf die Entwicklungslinien und Konkurrenz von Zukünften in einem nationalen Kommunikationsraum konzentriert, so wird die Infragestellung modernisierungstheoretischer

37 Becker/Scheller/Schneider 2016 (s. Anm. 21); Markus Bernhardt/Stefan Brakensiek/Benjamin Scheller (Hg.): *Ermöglichen und Verhindern. Vom Umgang mit Kontingenz*, Frankfurt am Main/New York 2016; Jan de Boer (Hg.): *Praxisformen. Zur kulturellen Logik von Zukunftshandeln*, Frankfurt am Main/New York 2019.

38 Vgl. den Beitrag von Anna Strommenger.

39 Vgl. Thomas Mergel: »Geht es weiterhin voran? Die Modernisierungstheorie auf dem Weg zu einer Theorie der Moderne«, in: Ders./Thomas Welskopp (Hg.): *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theorie-Debatte*, München 1997, S. 203–232.

40 Vgl. Prathama Banerjee: *Politics of Time. »Primitives« and history-writing in a colonial society*, Oxford 2006, S. 1–4; klassisch Dipesh Chakrabarty: *Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference*, Princeton 2000; Lynn Hunt: »Globalisation and Time«, in: Berber Bevernage/Chris Lorenz (Hg.): *Breaking up Time. Negotiating the Borders between Present, Past and Future*, Göttingen 2013, S. 199–216.

41 Vgl. Jürgen Osterhammel: »The Great Work of Uplifting Mankind«. *Zivilisierungsmissionen und Moderne*, in: Boris Barth/Jürgen Osterhammel (Hg.): *Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert*, Konstanz 2005, S. 363–426; Gilbert Rist: *The History of Development. From Western Origins to Global Faith*, London/New York 2014, S. 47–79; im Überblick Corinna Unger: »Histories of Development and Modernization. Findings, Reflections, Future Research«, in: *H-Soz-Kult*, 9.12.2010, URL: <https://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1130> (letzter Zugriff: 27.4.2021).

Entwicklungsbegriffe etwa am Beispiel der SPD der 1970er Jahre integriert.⁴²

Fünftens schließlich ist auf *interdisziplinäre* Impulse zu verweisen. Nicht nur soziologische Arbeiten befruchteten die Geschichte der Zukunft – wie Ulrich Becks Arbeiten zur »reflexiven Moderne«, Helga Nowotnys These von den »Eigenzeiten« oder zuletzt Jens Beckerts »Fiktionale Erwartungen« im modernen Kapitalismus – und wären auch selbst zu historisieren.⁴³ Wichtiger sind *politikwissenschaftliche* Zugänge, die seit den 1980er Jahren Zeit als »Machtressource« erschlossen, weil sich Politik im Medium der Zeit und durch die Zeit realisiere.⁴⁴ Politikwissenschaftliche Überlegungen verwiesen darauf, dass in temporaler Hinsicht die Judikative als Verbindung in die Vergangenheit, die Exekutive Organ der Gegenwartsfixierung und die Legislative als Ort der Zukunftsgestaltung fungieren.⁴⁵ In diesem Sinne analysierten PolitikwissenschaftlerInnen die Verteilung von Zeitressourcen und die politischen Zeitrelationen – als zeitliche Differenzen zwischen politischem System und seiner Umwelt sowie innerhalb von politischen Systemen – und zeigten hier etwa die strukturellen »Eigenzeiten« in parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystemen auf, die sich in der spezifischen Fixierung und Aushandlung parlamentarischer Rede- und Handlungszeiten manifestierten.⁴⁶

Demokratien, so betonten politikwissenschaftliche Studien, besäßen als Modell befristeter Herrschaft andere Eigenzeiten als Diktaturen, in denen Herrschaft nicht in die Zukunft begrenzt sei. Demokratie brauche in ihren Vermittlungs-, Kommunikations- und Entscheidungsprozessen Zeit. In legislativen Verfahren werde zwar die Zukunft – im Gesetzgebungsprozess – beraten, doch im mühsamen Tagesgeschäft könnten demokratische

42 Vgl. den Beitrag von Elke Seefried in diesem Band.

43 Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986; Helga Nowotny: »Eigenzeit«. Entstehung und Strukturierung eines Zeitgefühls, Frankfurt am Main 42012; Jens Beckert: Imaginierte Zukunft. Fiktionale Erwartungen und die Dynamik des Kapitalismus, Berlin 2018.

44 Vgl. Holger Straßheim/Tom Ulbricht: »Die Zeit der Politik. Ansätze einer Neuorientierung«, in: Dies. (Hg.): Zeit der Politik. Demokratisches Regieren in einer beschleunigten Welt, Baden-Baden 2015, S. 11–26, hier S. 11; Claus Offe: »Temporalstrukturen sozialer Macht«, in: Ebd., S. 29–51.

45 Straßheim/Ulbricht 2015 (s. Anm. 44), S. 13; William E. Scheuermann: »Liberal Democracy and the Empire of Speed«, in: Polity 34 (2001), S. 41–67.

46 Gisela Riescher: Zeit und Politik. Zur institutionellen Bedeutung von Zeitstrukturen in parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystemen, Baden-Baden 1994; Kari Palonen: The Politics of Limited Time. The Rhetoric of Temporal Judgement in Parliamentary Democracies, Baden-Baden 2008.

Parteien – bzw. Parlamentsfraktionen – nur bedingt Zukunftsdynamiken versprühen.⁴⁷ In der modernen Demokratie, in der die sachliche Komplexität wachse, falle die Synchronisierung zwischen demokratischer Willensbildung und sozialökonomischen Dynamiken immer schwerer. Der »Akzelerationszirkel« beschleunige sich im Zuge der technologischen und kapitalistischen Dynamiken in der »Spätmoderne«, so etwa Hartmut Rosa, und dies setze demokratische Entscheidungsprozesse zunehmend unter Druck. Politik könne damit nicht mehr zielorientiert steuern.⁴⁸ Auch deliberative Verfahren, mehr zivilgesellschaftliche Mitbestimmungswünsche in Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen sowie die Massenmedien machten Partizipation und Repräsentation in modernen Demokratien zeitaufwändiger: Mit mehr »responsiveness« der Regierungen gerate tendenziell die längerfristige »responsibility« für die Zukunft aus dem Blick.⁴⁹ Politik werde damit immer reaktiver statt zielorientierter.⁵⁰ Auch das europäische Mehrebenensystem und globale Aushandlungsprozesse wie die Klimapolitik brächten eigene Rhythmen in national organisierte Demokratien.⁵¹ Nur wenige Politikwissenschaftler gehen so weit wie Colin Crouch, der eine »Postdemokratie« diagnostizierte, weil liberale Demokratien nurmehr von »Spin-Doctors« und ökonomischen Interessen beherrscht würden und sich die Demokratie damit insgesamt zurück – und nicht mehr nach vorn – entwickle.⁵² In einem pragmatischen Verständnis argumentieren andere, dass Gegenstände wachsender Komplexität notwendigerweise nur in Zyklen von Legislaturperioden abgearbeitet werden könnten.⁵³ Umso wichtiger erscheint es für politische Akteure, den »Kairos« als Momentum zu nutzen.⁵⁴

47 Vgl. Palonen 2008 (s. Anm. 46), S. 31 f.; Straßheim/Ulbricht 2015 (s. Anm. 44), S. 15 f.

48 Hartmut Rosa: Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit, Berlin 2016, S. 101–104; vgl. Henning Laux/Hartmut Rosa: »Clockwork Politics – Fünf Dimensionen politischer Beschleunigung«, in: Straßheim/Ulbricht 2015 (s. Anm. 44), S. 52–70.

49 Wolfgang Merkel/Andreas Schäfer: »Zeit und Demokratie. Ist demokratische Politik zu langsam?«, in: Ebd., S. 218–238, hier S. 228.

50 Vgl. Friedbert W. Rüb: »Die Zeit und die Unzeit der Politik«, in: Straßheim/Ulbricht 2015 (s. Anm. 44), S. 195–216, hier S. 197, mit Bezug auf Niklas Luhmann: Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt am Main 2000, S. 142.

51 Vgl. Klaus H. Goetz/Peter Mair/Gordon Smith (Hg.): European Politics. Pasts, Presents, Futures, Abingdon/New York 2009; Rüb 2015 (s. Anm. 50).

52 Vgl. Colin Crouch: Postdemokratie, Berlin 2008.

53 So Norbert Bolz: »Die Personen sind die Hauptsache«, in: die tageszeitung, 7.11.2005, S. 15.

54 Vgl. Palonen 2008 (s. Anm. 46), S. 25 f.

In der Tat ist die Zukunft immer auch Gegenstand und Mittel politischer Strategien. Entstehende gesellschaftliche Konfliktlinien (wie Kapital versus Arbeit, Ökonomie versus Ökologie) werden von sozialen Bewegungen aufgegriffen, die sich in Interessenkonflikten bilden. Soziale Bewegungen sind Netzwerke und gering organisierte Gruppen, die, »basierend auf einer kollektiven Identität, einen fundamentalen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen versuch[en] (oder sich einem solchen Wandel widersetzt[en]) und sich dazu des öffentlichen Protests bedien[en]«; hingegen geht es *politischen* Bewegungen im engeren Sinne um den Einfluss auf politische Entscheidungen oder auf das politische System.⁵⁵ Diese Bewegungen münden oft – wie im Fall der Grünen – in neuen Parteibildungen. In Demokratien sind es Parteien, die partikulare und konkurrierende Interessen repräsentieren und in Programmatiken bündeln. Daraus entwickeln sie verzeitlichte Strategien, indem sie bestimmte Probleme aus dem »Kontingenzraum ungewisser Zukünfte in Skalierungen konkreter Handlungsrelevanzen« überführen und so Agenda-Setting betreiben.⁵⁶ In Zeiten professionalisierter Wähler- und Volksparteien habe, so die Forschung, die ideologische Distanz zwischen den Parteien abgenommen. Zudem brächten Medien immer neue Sachverhalte auf. Damit würden Programmatiken kontingenter, und die Politik operiere wie ein »Staubsauger«, der »alle die Themen ansaugt und politisiert, die gegenwärtig in volatilen Wählermärkten einen Zuwachs an Zustimmung versprechen könnten«.⁵⁷ Inwiefern programmatisch-ideologische Distanzen geschwunden und die programmatische Kontingenz tatsächlich gewachsen sind, muss in einer zeithistorischen Perspektive ausgeleuchtet werden.

55 Vgl. Dieter Rucht: »Das alternative Milieu in der Bundesrepublik. Ursprünge, Infrastruktur und Nachwirkungen«, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hg.): Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa, Göttingen 2010, S. 61–86, hier S. 64; vgl. ders.: »Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen«, in: Jürgen Mittag/Helke Stadtland (Hg.): Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft, Essen 2014, S. 61–88.

56 Straßheim/Ulbricht 2015 (s. Anm. 44), S. 20; vgl. u.a. Everhard Holtmann: Der Parteienstaat in Deutschland. Erklärungen, Entwicklungen, Erscheinungsbilder, 2., überarbeitete Auflage, Bonn 2017, v.a. S. 55–62.

57 Rüb 2015 (s. Anm. 50), S. 213.

2. Ziele und Frageperspektiven

Dieser Band untersucht politische Zukunftsentwürfe und zugehörige Kommunikationsstrategien im 20. Jahrhundert. Die Autorinnen und Autoren beleuchten Inhalte und Generierungsformen konkurrierender politischer Zukunftsvorstellungen in Parteien und politischen Bewegungen, sie fragen nach performativen Ebenen in historischen Semantiken, Visualisierungen und Strategien der Selbstdarstellung, Kommunikation und Umsetzung von Zukunft,⁵⁸ und sie beziehen Interaktionen zwischen politischen und wissenschaftlichen Zukünften ein, indem sie nach dem Einfluss wissenschaftlicher ExpertInnen auf die politische Programmformulierung und Planung fahnden.⁵⁹ Damit verorten die Beiträge vergangene Zukünfte in Parteien und politischen Bewegungen in ihren jeweiligen Erfahrungshintergründen und Erwartungshorizonten,⁶⁰ sie rekonstruieren in ihrer Gesamtschau die Pluralität neben- und gegeneinanderstehender Entwürfe und Kommunikationsstrategien und fragen nach dem Sprechen über die Zukunft in einem diskursiven Sinne, welche die gewünschte Zukunft realisieren oder die bedrohliche Zukunft verhindern sollte.⁶¹ Damit erkundet der Band erstmals konkurrierende politische Zukunftsentwürfe im 20. Jahrhundert und leistet einen Beitrag zur Geschichte von Zeitpolitik.

Der Band verfolgt *drei übergreifende Ziele*, die sich mit bestimmten Forschungsperspektiven verbinden. *Erstens* entwickeln die Autorinnen und Autoren neue Perspektiven auf Temporalität und Zeitpolitik in der *Parteien- und Bewegungsgeschichte*. Politische *Parteien* sind im *cultural turn* seit den 2000er Jahren weitgehend aus dem Blick der Zeitgeschichtsforschung geraten.⁶² Stattdessen fokussierte die Forschung insbesondere jene kollekt-

58 Vgl. zur Systematik von Inhalten und Generierungsformen von Zukunft Seefried 2015 (s. Anm. 4), S. 75–154 (als »Denkstile«); instruktiv Graf/Herzog 2016 (s. Anm. 4); Hölscher 2017 (s. Anm. 22), S. 7–38; generell zur politischen Semantik Willibald Steinmetz: »Neue Wege zu einer historischen Semantik des Politischen«, in: Ders. (Hg.): »Politik«. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt am Main 2007, S. 9–40.

59 Zur Geschichte von Zukunftsexpertise Heinrich Hartmann/Jakob Vogel: »Prognosen. Wissenschaftliche Praxis im öffentlichen Raum«, in: Dies. (Hg.): Zukunftswissen. Prognosen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit 1900, Frankfurt am Main 2010, S. 7–29; Seefried 2015 (s. Anm. 4).

60 Vgl. Koselleck 1979 (s. Anm. 12).

61 Zu den Formen von Zukunftshandeln Scheller 2016 (s. Anm. 21); de Boer 2019 (s. Anm. 37); zur Systematisierung von Zukunftshandeln Seefried i.E. (s. Anm. 4).

62 Zum Forschungsstand Bernd Faulenbach: »Parteien(geschichte) in der Krise?«, in: Marcus Böick/Marcel Schmeer (Hg.): Im Kreuzfeuer der Kritik. Umstrittene Organisationen im 20. Jahrhun-

tiven Akteure und Praktiken, die den Kommunikationsraum des Politischen vor allem seit Mitte der 1960er Jahre erweiterten, nämlich neue soziale Bewegungen und politischen Protest.⁶³

Dieser Band verknüpft Parteien- und Bewegungsforschung. Die Beiträge beleuchten *Parteien*, deren wichtige Aufgabe seit dem 19. Jahrhundert darin besteht, partikulare gesellschaftliche Interessen nicht nur zu repräsentieren, sondern Programme zu entwerfen, Zukunftsexpertisen einzubinden, damit Wählerinnen und Wähler zu gewinnen und die eigenen Positionen und Entwürfe in den parlamentarischen Prozess zu überführen. Zukunftskommunikation ist insofern ein elementarer Teil ihrer Arbeit. Parteien, die immer auch auf Machterwerb und die Besetzung von Ämtern zielten, konkurrierten und konkurrieren mit *politischen Bewegungen*, die aus neuen Konfliktlinien hervorgehen, *per se* Mobilisierung, »gesamtgesellschaftliche Veränderungen« und die Gestaltung einer anderen Zukunft anstreben, ja die Gesellschaft »als Projekt« verstehen können.⁶⁴ Indes gehen Parteien meist aus Bewegungen hervor, bildeten sich aus der Routinisierung der Bewegungen und deren Willen nach mehr politischer Repräsentation.⁶⁵ Dies symbolisiert etwa die aus der Arbeiterbewegung entstammende SPD. In der Tat korrelieren so Stabilität und Wandel von Parteiensystemen mit dem Aufkommen neuer sozialer und politischer Bewegungen: Das Parteiensystem des Kaiserreichs, das sich aus tradierten »sozialmoralischen Milieus« (wie dem sozialistischen und katholischen Milieu) speiste, blieb bis in die 1920er Jahre bemerkenswert konstant, ehe aus ökonomischen Interessenkonflikten und radikalem Ordnungsdenken neue Bewegungen auf der ganz Linken und Rechten hervorgingen.⁶⁶ Nach 1945, als sich locker

dert, Frankfurt am Main/New York 2020, S. 485–502; nun Thorsten Holzhauser/Felix Lieb (Hg.): Parteien in der »Krise«. Wandel der Parteiendemokratie in den 1980er- und 1990er-Jahren, Berlin/Boston 2021.

63 Vgl. Bielefelder SFB 584 (s. Anm. 30); Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main/New York 2008; Sidney Tarrow: Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics, Cambridge 1999; Philipp Gassert: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018.

64 Dieter Rucht: »Gesellschaft als Projekt – Projekte in der Gesellschaft. Zur Rolle sozialer Bewegungen«, in: Ansgar Klein/Hans-Josef Legrand/Thomas Leif (Hg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen 1999, S. 15–27.

65 Dieter Rucht: »Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien«, in: Journal für angewandte Sozialforschung 27 (1987), H. 3/4, S. 297–313, hier S. 300; Holtmann 2017 (s. Anm. 56).

66 Dazu Rainer M. Lepsius: »Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft« (1966), in: Ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-his-

verbundene Honoratiorenparteien und mobilisierende Massenintegrationsparteien zu Volksparteien wandelten, erschien das bundesdeutsche Parteiensystem geradezu »eingefroren«⁶⁷, ehe sich in den späten 1960er und 1970er Jahren im Zuge gesellschaftlicher Individualisierung, neuer Forderungen nach Mitbestimmung und einer Dominanz »linke[r] Politik« Umwelt-, Anti-AKW-, Frauen- und Friedensbewegung bildeten, die auf starke gesellschaftliche Resonanz stießen und in der Grünen Partei mündeten.⁶⁸ Zugleich können Parteien – wie im Fall der KPD der Weimarer Republik oder der frühen Grünen – »Sprachrohr« von Bewegungen sein und sich starker Mobilisierungselemente bedienen.⁶⁹

Die Beiträge des Bandes erkunden, welche Zukünfte wie in Parteien und politischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts entworfen, imaginiert, kommuniziert und verhandelt wurden. Die Autorinnen und Autoren beleuchten inhaltliche Zukunftsvorstellungen und unterscheiden hierbei verschiedene Typen. Sie erkunden Programme (als normative Entwürfe einer konkreten, gewollten oder zu verhindernden Zukunft) und Utopien (als Entwürfe einer anderen, von der Gegenwart fernen, idealen Zukunft) und sie beziehen ein, wie Parteien und Bewegungen sachorientierte Szenarien und Prognosen einbanden, die im nicht-normativen Sinne Aussagen über eine erwartbare oder wahrscheinliche Zukunft machten und damit auch Zukunftswissen in die Politik trugen. Zudem lotet der Band politische Zukunftshorizonte aus, indem nach der zeitlichen Tiefe der Zukunftsentwürfe – kurzfristig, innerhalb der Legislaturperioden, generationenübergreifend oder gar ewig – gefragt wird. Ebenso nimmt der Band Zeitverständnisse und Richtungen in den Blick: Wie offen oder teleologisch, wie linear oder zyklisch, wie evolutionär oder revolutionär wurde Zukunft gedeutet oder kommuniziert? Wichtig erscheint es, entsprechende Selbstdarstellungen und Kommunikationsstrategien von Parteien und politischen Bewegungen zu prüfen, indem Seman-

torische Konstellationsanalysen, Göttingen 1993, S. 25–50; Gerhard A. Ritter: »Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918–1920«, in: Eberhard Kolb (Hg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 244–275.

67 Holtmann 2017 (s. Anm. 56), S. 55 (mit Verweis auf Thesen von der »frozen party politics« von Lipset/Rokkan); vgl. Volker Stalman: »Kontinuitäten und Wandel des deutschen Parteiensystems nach 1945«, in: Detlef Lehnert (Hg.): Parteiendemokratie. Theorie und Praxis in Deutschland und Nachbarländern, Berlin 2020, S. 41–86, hier S. 43–73.

68 Reichardt/Siegfried 2010 (s. Anm. 55); Bernd Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit, Bonn 2011; Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014; siehe zudem die Beiträge von Eva Oberloskamp und Silke Mende in diesem Band.

69 Rucht 1987 (s. Anm. 65), S. 303.

tiken der Vermittlung und Inszenierung von Zukunft, zeitpolitische Strategien und Wandlungen im Agenda-Setting sowie der Kommunikation von Zukunft ermittelt werden: Wann arbeitete wer aus programmatischen oder strategischen Gründen mit Begriffen von Fortschritt oder Niedergang, mit Revolutions- oder Evolutionssemantiken, mit Aufbruchs- oder Bedrohungskommunikation und generationellen Bezügen? Dabei werden auch Strategien der Umsetzung von Zukunft einbezogen – wie Konzepte politischer Planung (als systematischer, wissensbasierter und positiv-gestaltender Vorgriff auf die Zukunft), Vorsorgeinitiativen zur Verhinderung perzipierter negativer Zukünfte und Modi der Artikulation und Umsetzung positiver Imaginationen.⁷⁰ Konkret ist dabei zu fragen, welche Bedeutung der Wandel von Honoratioren- bzw. Massenintegrationsparteien zu Volksparteien nach 1945 für Kommunikationsstrategien von Zukunft hatte und wie die jeweiligen Positionen im Regierungssystem – Regierungs- oder Oppositionsrolle – mit Aufbruchs- oder Stabilisierungskommunikation korrelierten.⁷¹

Zweitens versteht sich der Band als Beitrag zur Erforschung von Zeitstrukturen in der *Demokratie*. Die Demokratiegeschichte hat in den letzten Jahren eine Renaissance erlebt.⁷² Der Fokus der deutschen Forschung lag zuletzt vor allem auf demokratischen Potentialen des Kaiserreichs – etwa was die öffentliche Präsenz der Frauenbewegung angeht –, Formen des politischen Protests in neuen sozialen Bewegungen und Debatten über »Demokratisierung« und betriebliche Mitbestimmung in den 1970er und frühen 1980er Jahren.⁷³ Diachrone Vergleiche zwischen der Weimarer und der Berliner Demokratie verwiesen auf ein ähnliches Anwachsen populistischer und extremis-

70 Zum Planungsbegriff van Laak 2010 (s. Anm. 26); zur Vorsorge Nicolai Hannig/Malte Thießen (Hg.): *Vorsorgen in der Moderne. Akteure, Räume und Praktiken*, Berlin/Boston 2017.

71 Vgl. die Beiträge von Martina Steber, Elke Seefried und Silke Mende in diesem Band.

72 U.a. Paul Nolte: *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München 2012; Christina Rothenhäusler: »Stabilitäten und Unsicherheiten. Neue Perspektiven auf die bundesrepublikanische Demokratie«, in: *H-Soz-Kult*, 13.5.2019, URL: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8267> (letzter Zugriff: 15.4.2021); Theodor-Heuss-Kolloquium 2019: *Democracy Revisited. Praktiken, Ordnungen und Begrenzungen der liberalen Demokratie von den 1940er Jahren bis zur Gegenwart*, 10./11.10.2019, URL: <https://www.theodor-heuss-haus.de/heuss-forum/theodor-heuss-kolloquium-2019> (letzter Zugriff: 15.4.2021); Claudia Gatzka: *Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik 1944–1979*, Düsseldorf 2019; dies.: »Die Blüte der Parteiendemokratie. Politisierung als Alltagspraxis in der Bundesrepublik, 1969–1980«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 58 (2018), S. 201–223; Ute Daniel: *Postheroische Demokratiegeschichte*, Hamburg 2020.

73 Vgl. auch die Beiträge in Schildt/Schmidt 2019 (s. Anm. 2).

tischer Kräfte, auf Probleme der politischen Repräsentation und eine wachsende Polarisierung in den Parteiensystemen.⁷⁴ Dieser Band kann dazu beitragen, die Relevanz von Zukunft für die Demokratie in einer interepochalen Perspektive einzuordnen – nicht zuletzt weil der aktuelle Verweis auf die Krise der Weimarer und der Berliner Demokratie selbst eine Zukunftskommunikation ist.⁷⁵

Anhand von Parteien und Bewegungen erkunden die Beiträge des Bandes die imaginierten und kommunizierten Zukünfte der Demokratie, also inhaltliche Entwürfe für demokratische Strukturen und Prozesse, wie sie sich etwa in Forderungen nach mehr »Demokratisierung« herauskristallisierten.⁷⁶ Zudem thematisieren sie, welche Funktionen und Folgen Versprechen in der und für die Demokratie hatten. Dies lässt sich etwa an der Formel des »Mehr Demokratie wagens« von Willy Brandt zeigen, die in der Folge eher zum Ballast für die sozialliberale Koalition wurde.⁷⁷ Inwiefern legitimierten oder delegitimierten Parteien und Bewegungen mit großen Versprechungen sich und/oder die Demokratie? Welche Folgen hatte dies im Hinblick auf den Erfolg der Parteien – also die Wählerstimmen und Mitgliederzahlen –, und wie lernten sie daraus? Zudem erkundet der Band, inwiefern Zukunftsentwürfe, die Vermittlung von Zukunft und das Zukunftshandeln in demokratischen und dezidiert antidemokratischen Parteien differierten, welche die Demokratie als Herrschaft auf Zeit beenden wollten (oder beendet hatten).⁷⁸ Zwar fokussiert der Band die Kommunikation von Zukünften, doch behält er auch im Blick, wie Zukunft umgesetzt werden sollte. Zur Demokratiegeschichte gehört vor allem die Frage, inwiefern politische Gewalt gerechtfertigt und eingesetzt wurde, um einem alternativen politischen System zum Durchbruch zu verhelfen.

Drittens liefert der Band einen Beitrag zur Frage, wann und wie sich politische Erwartungshorizonte in den *Umbrüchen* des 20. Jahrhunderts wan-

74 Vgl. Louisa Braun: »Die Wahl und die Weimarer Republik. Identität in der Krise«, in: die tageszeitung, 23.9.2017; Andreas Wirsching/Berthold Kohler/Ulrich Wilhelm (Hg.): Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie, Ditzingen 2018; Martin Sabrow (Hg.): Auf dem Weg nach Weimar? Demokratie und Krise, Leipzig 2020; Steven Levitsky/Daniel Ziblatt: How Democracies Die, New York 2018.

75 Vgl. Elke Seefried: »Erosion der Mitte? Parteien und Polarisierung in der Weimarer und der gegenwärtigen Demokratie«, in: Sabrow 2020 (s. Anm. 74), S. 71–92.

76 Etwa Martin Greiffenhagen (Hg.): Demokratisierung in Staat und Gesellschaft, München 1973.

77 Vgl. Schildt/Schmidt 2019 (s. Anm. 2); siehe zudem den Beitrag von Elke Seefried in diesem Band.

78 Zur politikwissenschaftlichen These, die zeitliche Befristung von Politik in Demokratien sei dem Prinzip der Ewigkeit in Diktaturen unterlegen, Straßheim/Ulbricht 2015 (s. Anm. 44), S. 12 f.; Offe 2015 (s. Anm. 44), S. 40 f.

delten – und welche Folgen dies bis in die Gegenwart hat. Jörn Leonhard betonte zuletzt, wie sehr die »verbreitete Wahrnehmung eines umfassenden Fortschritts und einer immer besseren und gestaltbaren Zukunft« das 19. Jahrhundert in Europa prägte. Zu diesem Fortschrittsversprechen gehörten mehr politische Teilhabe, soziale Gleichheit oder die Idee einer europäischen Zivilisation der Welt. Auch wenn das Versprechen um 1900 schon brüchig geworden war, herausgefordert durch Kulturkritik und gesellschaftliche Reformbewegungen, habe der Erste Weltkrieg im Zeichen beider Entwicklungen gestanden: Er transportierte große politische Erwartungen und ihre Desillusionierung.⁷⁹ Ausgangspunkt des Bandes ist die »hochmoderne« politische Kultur und Fundamentalpolitisierung um die Jahrhundertwende, die im Zeichen einer neuen politischen Öffentlichkeit stand – symbolisiert durch die wachsende Stärke der Sozialdemokratie im Reichstag, die dynamische Entwicklung eines integralen Nationalismus imperial orientierter Verbände oder die wachsende Zahl der Medien, die die politische Aufbruchsstimmung transportierten: Um 1900 führten sieben Zeitschriften die »Zukunft« im Titel, mehrere die »Neue Zeit«.⁸⁰ Die Beiträge erfragen den Zäsurcharakter des Ersten Weltkrieges und der Revolution. In der Tat rivalisierten in der europäischen Zwischenkriegszeit tradierte politische Ideologien und Parteien – Liberalismus, Sozialismus, politischer Katholizismus und Konservatismus – mit neuen, radikalen Zukunftsentwürfen von ganz links und rechts. Vermehrt imaginierten radikale Parteien von rechts und links und Intellektuelle nun den Anbruch einer neuen Zeit und den revolutionären Bruch mit der Gegenwart.⁸¹ Ein Desiderat der Forschung ist es, Zu-

79 Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014, S. 23; vgl. ders.: Der überforderte Frieden: Versailles und die Welt 1918–1923, München 2018.

80 Vgl. Hölscher 1989 (s. Anm. 18), S. 441–443; Ute Frevert (Hg.): Das neue Jahrhundert. Europäische Zeitdiagnosen und Zukunftsentwürfe um 1900, Göttingen 2000; Peter Walkenhorst: Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890–1914, Göttingen 2007; Lutz Raphael: Ordnungsmuster und Deutungskämpfe. Wissenspraktiken im Europa des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2018, S. 85 f.; nun Hedwig Richter: Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich, Frankfurt am Main 2021.

81 Zum »totalitären Optionszwang« Andreas Wirsching: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg. Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/1939. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, u.a. S. 415, 462, 468; vgl. Graf 2008 (s. Anm. 8), Kapitel 5; zum Faschismus Esposito/Reichardt 2015 (s. Anm. 22); Christopher Clark: »Time of the Nazis. Past and Present in the Third Reich«, in: Alexander C. T. Geppert/Till Kössler (Hg.): Obsession der Gegenwart. Zeit im 20. Jahrhundert, Göttingen 2015, S. 156–187; Anselm Doering-Manteuffel: »Die Ordnung der Zeit im nationalsozialistischen Herrschaftssystem«, in: Hölscher 2017 (s. Anm. 4), S. 101–120. Vgl. auch die Beiträge von Andreas Wirsching, Fernando Esposito und Frank Bajohr in diesem Band.

kunftsentwürfe und -kommunikation systematisch nach politischen Strömungen und Parteien aufzufächern und dabei – mit Blick auf den Nationalsozialismus – auch die Zäsur 1933 zu überwölben. Eine solche systematische Differenzierung fehlt auch für die Zeit nach 1945. Da der Band jedoch in Kapitel vor und nach 1945 geteilt ist, wurde bereits eine gewisse Vorentscheidung getroffen, was die Periodisierung angeht. Leitend war hier die Überlegung, dass sich das deutsche Parteiensystem 1933 und 1945/49 grundlegend veränderte und die Neugründung von Parteien (wie CDU, CSU und FDP) ohnehin zu einer strukturellen Zäsur der Jahre 1945/49 beitrug.⁸²

Während die 1950er Jahre als Zeit des »Wiederaufbaus« in der Zukunftsgeschichte bislang recht knapp abgehandelt wurden,⁸³ charakterisierte die Forschung vielmehr die 1960er Jahre als Zeit der politischen Aufbruchsstimmung und wissenschaftsbasierten Planungsbegeisterung in der Bundesrepublik und Westeuropa.⁸⁴ Zuletzt wurden erste blockübergreifende Synthesen vorgelegt.⁸⁵ Kontrovers wurde der Zäsurcharakter der 1970er Jahre diskutiert, der sich in einer veränderten kollektiven Deutung von Zukunft zu kristallisieren schien. Wie stark politische Fortschrittsverständnisse im Zeichen ökonomischer Rezession und ökologischer Endzeitstimmungen schwanden oder sich wandelten, ist umstritten.⁸⁶ Darüber hinaus ist zu vermessen, wie die Dynamiken der Mediendemokratie – vom Fernsehen bis zum Internet – sich auf die Zukunftskommunikation von Parteien und Bewegungen seit den 1970er Jahren auswirkten. Schließlich geht es um eine »Neoliberalisierung« politischer Kultur nach dem Ende des Kalten Krieges und um den neuen Bewegungsbegriff der »Globalisierung« der 1990er Jah-

82 Zum Parteiensystem ab 1945 Stalman 2020 (s. Anm. 67); Holtmann 2017 (s. Anm. 56).

83 Im März 2022 wird sich die Rhöndorfer Konferenz mit der »Zukunft« in den beiden deutschen Gesellschaften der 1950er Jahre beschäftigen.

84 Vgl. u.a. Detlef Siegfried: *Time is on my Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen³ 2017; Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hg.): *Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel*; DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Weilerswist 2004; Metzler 2005 (s. Anm. 28); Seefried 2015 (s. Anm. 4).

85 Seefried/Hoffmann 2017 (s. Anm. 28); Christian u.a. 2018 (s. Anm. 28).

86 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen³ 2012; Konrad H. Jarausch (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008; Gabriele Metzler: »Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?«, in: Ebd., S. 243–260; Geoff Eley: »End of the Post-war? The 1970s as a Key Watershed in European History«, in: *Journal of Modern European History* 9 (2011), H. 1, S. 12–17; Seefried 2015 (s. Anm. 9); Esposito 2017 (s. Anm. 4); Seefried/Hoffmann 2017 (s. Anm. 28).

re,⁸⁷ deren (partei-)politische Zukunftsgehalte hier vor allem mit Blick auf SPD und CDU betrachtet werden.

Haben sich mithin in der jüngsten Zeitgeschichte politische Zukünfte verengt? Das Regieren in »spätmodernen« Demokratien droht aus der Sicht einiger politikwissenschaftlicher Betrachter immer responsiver und reaktiver denn ziel- und gestaltungsorientierter zu werden. Auch in den Debatten über die Euro- und Flüchtlingskrisen der 2010er Jahre wurde argumentiert, dass die großen politischen Zukunftsentwürfe geschwunden seien, dass sich die Volksparteien kaum mehr unterschieden und die kommunizierte »Alternativlosigkeit« von Entscheidungen ein Grund für den Aufstieg populistischer Kräfte gewesen sei.⁸⁸ Oder haben zu hohe Erwartungen an politische Führung, an Parteien und demokratische Prozesse den Vertrauensverlust in die Problemlösungsfähigkeit der etablierten Parteien ausgelöst, zumal außen- und innenpolitische Komplexitäten dauernd wachsen?⁸⁹ Ob sich politische Zukünfte im 20. Jahrhundert immer weiter verengten, welche Rolle die stärkere Präsenz politischer Bewegungen spielt und/oder ob sich am Beginn des 21. Jahrhunderts mit der öffentlichen Präsenz des Klimaschutzes und der parteiübergreifenden Suche nach Nachhaltigkeit nicht vielmehr neue, »entgrenzte Erwartungen« und Überzeugungen von

87 U.a. Frank Bösch/Norbert Frei: Die Ambivalenz der Medialisierung. Eine Einführung, in: Dies. (Hg.): *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006, S. 7–24; Doering-Manteuffel/Raphael ²2012 (s. Anm. 86), S. 63–74; Philipp Ther: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europas, aktualisierte Ausgabe, Berlin 2016; Olaf Bach: »Ein Ende der Geschichte? Entstehung, Strukturveränderungen und die Temporalität der Globalisierungssemantik seit dem zweiten Weltkrieg«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 68 (2020), H. 1, S. 128–154; Jan Eckel: »Politik der Globalisierung. Clinton, Blair, Schröder und die Neuerfindung der Welt in den 1990er und 2000er Jahren«, in: Ebd., H. 3, S. 451–480; Andreas Wirsching: »Kaiser ohne Kleider? Der Nationalstaat und die Globalisierung«, in: Ebd., H. 4, S. 659–685.

88 Andreas Beckmann: »Legitimationsverlust bei den Zurückgelassenen und Enttäuschten«, in: Deutschlandfunk, 3.3.2016, URL: www.deutschlandfunk.de/demokratie-in-der-krise-legitimationsverlust-bei-den.1148.de.html?dram:article_id=347386 (letzter Zugriff: 15.4.2021); Wolfgang Merkel: »Gibt es eine Krise der Demokratie? Mythen, Fakten und Herausforderungen«, in: *WZB Mitteilungen* 139 (2013), S. 6–9; Friedrich Wilhelm Graf/Heinrich Meier (Hg.): *Die Zukunft der Demokratie. Kritik und Plädoyer*, München 2018.

89 Herfried Münkler: »Die Verdrossenen und die Empörten. Steht die Demokratie am Scheideweg?«, in: *Neue Züricher Zeitung*, 24.4.2012, URL: <https://www.nzz.ch/feuilleton/die-verdrossenen-und-die-empoerten-1.16611315> (letzter Zugriff: 15.4.2021).

einer planbaren Zukunft aufturn,⁹⁰ kann in diesem Band nur perspektivisch verfolgt werden, erscheint aber als wichtiger Fluchtpunkt.

3. Ergebnisse

Der Entwurf und die Kommunikation politischer Zukunft im 20. Jahrhundert folgten nicht nur den Deutungs- und Ordnungsmustern der jeweiligen politischen Partei bzw. Bewegung, sondern hingen auch von den Interaktionen und Kontexten des jeweiligen politischen Systems ab. Insofern lassen sich nicht nur »Eigenzeiten« von politischen Systemen ausmachen,⁹¹ sondern auch »Eigenzünfte«, die aus politischen, sozioökonomischen und kulturellen Problemzusammenhängen der Zeit hervorgehen und ebenso aus den Dynamiken des Neben- und Gegeneinanders und der politischen Konkurrenz.

Die Befunde der Beiträge lassen sich in zwölf Punkten bündeln. Erstens unterstreichen die Beiträge, wie sehr der Erste Weltkrieg politische Zukunftsentwürfe erschütterte. Der Krieg mobilisierte technische und personelle Ressourcen und trug – in Deutschland wie etwa auch in den USA und Großbritannien – dazu bei, dass Konzepte der strategischen und wissenschaftlich-technischen Planung in den politischen Fokus rückten.⁹² Die Beiträge von *Thomas Rohkrämer*, *Frank Bajohr* und *Fernando Esposito* zeigen auf, wie sich durch den Krieg nationalistische Erwartungen, die sich in den »Ideen von 1914« bündelten, nach der Niederlage radikalisierten und unter dem Eindruck der Revolution 1918/19 in nationalistischen Ideologemen der neu-rechten Konservativen Revolution, in der revolutionären Kampfrhetorik der Nationalsozialisten und ähnlich der italienischen Faschisten mündeten.

Zweitens wurde die Revolution 1918/19, die die alte politische Ordnung hinwegfegte, auch in den republiktragenden Parteien als Bruch gelesen, der

90 Christian Geulen: »Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts«, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 7 (2010), H. 1, S. 79–97.

91 Vgl. Riescher 1994 (s. Anm. 46).

92 Vgl. Dirk van Laak: »Zwischen ›organisch‹ und ›organisatorisch‹. ›Planung‹ als politische Leitkategorie zwischen Weimar und Bonn«, in: Burkhard Dietz/Helmut Gabel/Ulrich Tiedau (Hg.): *Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960)*, Bd. 1, Münster 2003, S. 67–90, hier S. 75 f.; Seefried 2015 (s. Anm. 4), S. 39–47.

bisherige Erfahrungen entwertete, Unsicherheit generierte und die Zukunft nur bedingt planbar erscheinen ließ. *Jürgen Frölich* verweist auf die Kraft des liberalen Fortschrittsverständnisses um 1900, das sich aus dem Vertrauen auf Vernunft, nationale und ökonomische Fortentwicklung speiste und das in Weltkrieg und Revolution erschüttert wurde. Besonders im Nationalliberalismus gerann eine Suche nach Ordnung und Stabilität, die sich in der dezidierten Abgrenzung vom »Chaos« der Revolution manifestierte und mit der nostalgischen Beschwörung des Kaiserreiches und dem Glauben an »die Bestimmung des deutschen Volkes in der Welt« eine eigene, national getränkte »Ordnungsutopie« nährte.⁹³ Auch die Zentrumspartei, als Vertreterin des politischen Katholizismus nie eine echte Programmpartei, verwarf die Revolution, stellte sich aber in einem zeitpolitischen Pragmatismus auf den »Boden der Tatsachen« und beschwor Sicherheit und Ordnung in einer Zeit der Kontingenz, wie *Stefan Gerber* argumentiert. Damit positionierte sie sich gegen Bolschewismus und liberales Laissez-faire. Bekanntermaßen changierte die Sozialdemokratie zwischen dem tradierten revolutionär-utopischen Zeithorizont und einem evolutionären Reformismus, der sich an den Erfordernissen der Tagespolitik orientierte. *Anna Strommenger* erläutert, an Lucian Hölschers Forschungen anknüpfend, wie die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) in der verdichteten revolutionären Situation schwankte: Sollte sie die lange prognostizierte, nun überraschend verwirklichte sozialistische Revolution ins Hier und Jetzt holen – wie es die Unabhängige Sozialdemokratie forderte – oder die utopische Zukunft aufschieben?⁹⁴ Durch die beschleunigten sozioökonomischen Veränderungen im Krieg und die Revolution war eine neue »Unübersichtlichkeit der Gegenwart« entstanden, und die MSPD unterschied zeitpolitisch zwischen einer Zukunft der kleinen Schritte und dem Fernziel des Sozialismus, das als Legitimationsquelle diente; so wollte man sich vom »Utopismus« der KPD abgrenzen.

Die Beiträge unterstreichen drittens, wie stark utopische und teleologische Zukunftsentwürfe den politischen Kommunikationsraum in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beherrschten. Damit verengten sich Möglichkeitsräume und Erwartungshorizonte: Zukunft war so eben *nicht*

93 Zur »Ordnungsutopie« und wachsenden Kontingenz auch Graf 2008 (s. Anm. 8), S. 61 f.

94 Dazu auch Lucian Hölscher: »Die verschobene Revolution. Zur Generierung historischer Zeit in der deutschen Sozialdemokratie vor 1933«, in: Hardtwig 2003 (s. Anm. 23), S. 219–232, hier S. 230; Stefan Berger: »Von der Begrenzung der Zukunft zur Suche nach Zukunft. Die Zukunft der Sozialdemokratie vom Ersten Weltkrieg bis heute«, in: Hölscher 2017 (s. Anm. 4), S. 57–74.